



NIEDERSCHRIFT

14. Gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr der Stadt Weiterstadt

Legislaturperiode IX 2011/2016

am	13. Juli 2015
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:00 Uhr
Ende	21:10 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Fischer, Wilhelm
Gürkan, Benjamin
Hofmann, Heike
Koch, Alexander Dr.
Kurpiers, Christian
Naas, Stefanie
Salzer, Risto Dr.
Sausner, Barbara

CDU-Fraktion

Brunner, Bernd
Köhler, Lutz
Pohl, Edgar

ALW-Fraktion

Amend, Heinz Günther
Geertz, Matthias
Petri, Heinz-Ludwig
Wächter, Gunter

FWW-Fraktion

Störmer, Gerd
Weldert, Kurt

Präsidium Stadtverordnetenversammlung

Dittrich, Manfred
Mager, Marcus

Magistrat

Bormet, Helmut
Mager, Philipp
Merlau, Günter
Möller, Ralf
Möllmann, Martin
Reitz-Gottschall, Angelika
Röhrig, Reinhold
Spätling-Slomka, Dorothea
Thalheimer, Werner

Ausländerbeirat

Pittaro, Antonio
Tomasulo, Maria Donata

Seniorenbeirat

Keil, Margot
Seniorenbeirat

Schriftführung

Heß, Martin

Verwaltung

Risch, Horst
Tillmann, Rainer
Wigand, Klaus

Personalrat

Personalrat

Presse

Darmstädter Echo
Wickel, Marc Dr.

Gäste

Bogorinski, Erik

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Fischer, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist. Er begrüßt als Gäste zur heutigen Sitzung Herrn Pätzold vom Büro „Pätzold, Kremer Architekten“, Frau Uhlig vom Büro „Krebs und Kiefer“ und die Herren Altenhein und Blum von der „DADINA“.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 15.06.2015	
2. Errichtung eines Bürgerhauses im Stadtteil Braunshardt; Bericht über Planungsstand und Mehrkosten infolge der Kostenberechnung	IX/0933/3
2.1. Errichtung eines Bürgerhauses im Stadtteil Braunshardt; Ergänzende Unterlagen	IX/0933/4
3. Ausschreibung der Linie 751, Wegfall der Haltestellen Bahnhof, Justizvollzugsanstalt und Berliner Straße/Albert-Schweitzer Straße	IX/1015/2
3.1. Ausschreibung der Linie 751, Wegfall der Haltestellen Bahnhof, Justizvollzugsanstalt und Berliner Straße/Albert-Schweitzer Straße; Aufträge aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr	IX/1015/3

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 15.06.2015

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt als festgestellt.

Tagesordnungspunkt 2

Errichtung eines Bürgerhauses im Stadtteil Braunshardt; Bericht über Planungsstand und Mehrkosten infolge der Kostenberechnung Drucksache: IX/0933/3

Tagesordnungspunkt 2.1

Errichtung eines Bürgerhauses im Stadtteil Braunshardt; Ergänzende Unterlagen Drucksache: IX/0933/4

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 25.06.2015 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen. Desweiteren wurde als Tischvorlage die Drucksache IX/0933/4 verteilt.

Fragen zur Drucksache und insbesondere zur vorliegenden Tischvorlage werden von Herrn Pätzold, Frau Uhlig und Fachbereichsleiter Wigand beantwortet.

Nach eingehender Diskussion wird die Sitzung auf Antrag des Ausschussmitgliedes Hofmann von 19.40 Uhr bis 19.55 Uhr vom Vorsitzenden unterbrochen. Im Anschluss an die Unterbrechung werden nach erneuter Diskussion verschiedene Anträge gestellt.

Hierüber lässt der Vorsitzende nacheinander wie folgt abstimmen:

Antrag von Ausschussmitglied Petri für die ALW-Fraktion:

Der Baubeginn des Bürgerhauses Braunshardt erfolgt nach der Vorlage der Baugenehmigung im Jahr 2016.

Abstimmungsergebnis:

4	Ja-Stimmen	(4 ALW)
14	Nein-Stimmen	(4 CDU, 2 FWW, 8 SPD)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Antrag von Ausschussmitglied Köhler für die CDU-Fraktion:

Die Bauausführung der Fassade des Bürgerhauses Braunshardt soll im Ausschreibungsverfahren alternativ erfolgen. Sollten sich dann finanzielle Spielräume ergeben, ist auch eine Klinkerfassade anstelle eines Wärmeverbundsystems möglich.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ausschussmitglied Köhler schlägt vor, die Gremien bei der Farbauswahl der Fassade zu beteiligen.

Dies wird einvernehmlich begrüßt.

Antrag von Ausschussmitglied Gürkan für die SPD-Fraktion:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Planungsbüro zu engagieren, das das vorhandene Heizungs-, Lüftungs-, Klimakonzept auf Plausibilität prüft und vor allem alternative Heizungs-, Lüftungs- und Klimakonzepte berechnet. Diese sind der Stadtverordnetenversammlung schriftlich vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

7	Ja-Stimmen	(7 SPD)
10	Nein-Stimmen	(4 CDU, 2 FWW, 4 ALW)
1	Enthaltung	(1 SPD)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Antrag von Ausschussmitglied Köhler für die CDU-Fraktion:

Ziffer 2 der Beschlussempfehlung der Drucksache IX/0933/4 ist wie folgt zu ändern:

"Die fehlenden Mittel werden bis 2018 zusätzlich bereitgestellt und das Bauvorhaben 2018 begonnen bzw. 2019 fertiggestellt."

Im Anschluss über die Abstimmung der Anträge einigt man sich einvernehmlich auf Änderung der Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung unter Berücksichtigung des beschlossenen Antrages wie folgt:

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Ausschuss für Soziales und Kultur empfehlen der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Die Drucksache IX/0933/4 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die fehlenden Mittel werden bis 2018 zusätzlich bereitgestellt und das Bauvorhaben 2018 begonnen bzw. 2019 fertiggestellt.
3. Die Bauausführung der Fassade des Bürgerhauses Braunshardt soll im Ausschreibungsverfahren alternativ erfolgen. Sollten sich dann finanzielle Spielräume ergeben, ist auch eine Klinkerfassade anstelle eines Wärmeverbundsystems möglich.

Abstimmungsergebnis:

14	Ja-Stimmen	(4 CDU, 2 FWW, 8 SPD)
4	Enthaltungen	(4 ALW)

Tagesordnungspunkt 3

Ausschreibung der Linie 751, Wegfall der Haltestellen Bahnhof, Justizvollzugsanstalt und Berliner Straße/Albert-Schweitzer Straße

Drucksache: IX/1015/2

Tagesordnungspunkt 3.1

Ausschreibung der Linie 751, Wegfall der Haltestellen Bahnhof, Justizvollzugsanstalt und Berliner Straße/Albert-Schweitzer Straße; Aufträge aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr

Drucksache: IX/1015/3

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 25.06.2015 die Drucksachen zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Bürgermeister Möller informiert die Anwesenden über zwei Briefe der Evangelischen Kirchengemeinde Weiterstadt und der Anstaltsleitung der Justizvollzugsanstalt in Weiterstadt, die sich beide für den Erhalt der Bushaltestelle an der Justizvollzugsanstalt einsetzen.

Das ehrenamtliche Mitglied des Behindertenbeirates, Herr Bogrorinski, spricht sich für die Beibehaltung der Haltestelle am Bahnhof aus und kritisiert die Taktung der Anfahrtszeiten.

Herr Altenhein von der DADINA erläutert den Sachverhalt zum Tagesordnungspunkt und beantwortet Fragen. Nach eingehender Erörterung werden verschiedene Anträge gestellt, über deren Inhalt der Vorsitzende nacheinander abstimmen lässt:

Antrag von Ausschussmitglied Köhler für die CDU-Fraktion:

Die Haltestellen am Bahnhof und an der Justizvollzugsanstalt sollen aufgrund der geringen Nutzung künftig wegfallen.

Der Vorsitzende lässt über die beiden Haltestellen jeweils einzeln wie folgt abstimmen:

Wegfall der Haltestelle an der Justizvollzugsanstalt

Abstimmungsergebnis:

7	Ja-Stimmen	(4 CDU, 3 SPD)
5	Nein-Stimmen	(2 FWW, 3 ALW)
4	Enthaltungen	(3 SPD, 1 ALW)

Der Antrag ist somit angenommen. (Die Haltestelle JVA fällt somit weg.)

Wegfall der Haltestelle am Bahnhof

Abstimmungsergebnis:

5	Ja-Stimmen	(4 CDU, 1 ALW)
13	Nein-Stimmen	(2 FWW, 3 ALW, 8 SPD)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Antrag von Ausschussmitglied Hofmann für die SPD-Fraktion:

Die DADINA wird beauftragt, die Frequentierung der Haltestelle am Bahnhof unter dem Aspekt des künftigen barrierefreien Ausbaus zu prüfen. Bis zur Vorlage der Ergebnisse durch die DADINA wird die Entscheidung auf Stilllegung dieser Haltestelle vertagt.

Abstimmungsergebnis:

14	Ja-Stimmen	(8 SPD, 4 ALW, 2 FWW)
4	Enthaltungen	(4 CDU)

Unter der Berücksichtigung der beschlossenen Anträge lässt der Vorsitzende wie folgt über die Drucksache beschließen

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr empfehlen der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Die Haltestelle an der Justizvollzugsanstalt entfällt.
2. Die DADINA wird beauftragt, die Frequentierung der Haltestelle am Bahnhof unter dem Aspekt des künftigen barrierefreien Ausbaus zu prüfen. Bis zur Vorlage der Ergebnisse durch die DADINA wird die Entscheidung auf Stilllegung dieser Haltestelle vertagt.
3. Die Ausschreibung der Linie 751 erfolgt. Mit Mehrkosten in Höhe von 18.000,00 € ist zu rechnen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Wilhelm Fischer
Vorsitzender

Gunter Wächter
stell. Vorsitzender

Martin Heß
Schriftführung